



FÜR BESSEREN SCHUTZ VOR RISKANTEN STOFFEN UND TECHNOLOGIEN!

DARUM GEHT'S: Die alltägliche Belastung? Zu hoch!

Wir stehen morgens auf, stellen uns unter die Dusche und tragen mit dem Duschgel bereits eine erste Portion hormoneller Schadstoffe auf unsere Haut auf. Dann ziehen wir uns an und nehmen – wenn wir mal nicht bio gekauft haben – mit unserem Frühstücksbrot gleich auch noch ein wenig von dem Pestizid Glyphosat zu uns. Im Laufe des Tages kommen wir noch mit zig weiteren **gesundheitsgefährdenden Chemikalien** in Lebensmitteln und Alltagsprodukten in Berührung. Ob in Blut, Muttermilch oder Urin – bei uns allen lassen sich Schadstoffe im Körper nachweisen.

Das kann **schwerwiegende Folgen** haben: Fehlbildungen der Geschlechtsorgane, Unfruchtbarkeit, Lernstörungen bei Kindern und bestimmte Krebsarten werden mit hormonellen Schadstoffen wie **Bisphenol A** in Verbindung gebracht. Völlig unklar ist, wie sich winzige Nanopartikel – u.a. in Nahrungsmitteln und Kosmetikprodukten eingesetzt – auf unsere Gesundheit auswirken. Auch die **Funkstrahlung** unserer mobilen Kommunikation kann die Gesundheit beeinträchtigen. Und nicht nur wir Menschen, sondern auch die Natur leidet. So ist der **großflächige Einsatz von Pestiziden** ein Hauptgrund für den dramatischen Rückgang der Artenvielfalt.

Die zunehmende Belastung mit Chemikalien und Funkstrahlen ist heute der Normalzustand – weil der Gesetzgeber es zulässt. Zwar gilt in der EU das **Vorsorgeprinzip**. Das heißt, der Gesetzgeber soll nicht erst dann tätig werden, wenn Umwelt- und Gesundheitsschäden bereits eingetreten sind, sondern soll diese im Vorfeld verhindern. An vielen Stellen wird das Vorsorgeprinzip jedoch ausgehebelt.

SO GEHT'S NICHT: Was politisch in den vergangenen vier Jahren geschah? Zu wenig!

Obwohl die Weltgesundheitsorganisation hormonelle Schadstoffe 2013 zur globalen Bedrohung erklärt hat, fehlen bis heute Gesetze, die Mensch und Natur ausreichend vor ihnen schützen. Im Juni 2016 legte die EU-Kommission mit mehrjähriger Verspätung einen Vorschlag für die gesetzliche Regulierung dieser Chemikalien vor. Dieser Vorschlag zielt jedoch darauf ab, das Vorsorgeprinzip auszuhebeln und Stoffe mit nachweislich hormonell schädlichen Eigenschaften zuzulassen. Auch widersetzt sich die EU-Kommission hartnäckig klaren Vorgaben für Nanomaterialien und die Bundesregierung unternahm nichts, um auf eine Verbesserung der Gesetzeslage in der EU hinzuwirken. In Bezug auf die steigende Belastung durch Funkstrahlung ist bei der Bundesregierung kein Problembewusstsein vorhanden.

Auch versäumte es Schwarz-Rot, wirkungsvolle Maßnahmen zu ergreifen, um Pestizide zu reduzieren und die Artenvielfalt zu schützen. Landwirtschaftsminister Schmidt organisierte mehrere Bienenkonferenzen und gründete ein neues Bieneninstitut. Konkrete Schritte zum Schutz der Bienen? Fehlanzeige. Einziger, kleiner Lichtblick: Bei der Abstimmung zur weiteren Zulassung von Glyphosat in der EU enthielt sich Deutschland seiner Stimme.



SO GEHT'S: Das wird die nächste Bundesregierung tun

Diese **vier Punkte** muss die neue Bundesregierung in den ersten 100 Tagen ihrer Amtszeit umsetzen, um ihre Bevölkerung und die Natur vor gesundheitsgefährdenden Chemikalien und Funkstrahlen zu schützen:

- Sie setzt sich für eine strikte, am **Vorsorgeprinzip** orientierte **Regulierung von hormonellen Schadstoffen in der EU** ein und unterstützt die Ausweitung des in Frankreich geltenden **Verbotes von Bisphenol A** in Lebensmittelverpackungen auf die gesamte EU.
- Sie führt nach dem Vorbild von Frankreich und Belgien eine **nationale Registrierungspflicht für Nanomaterialien und ein öffentliches Nanoproduktregister** ein.
- Im Bereich der mobilen Kommunikation wird durch die Nutzung optimierter Übertragungstechniken die **Strahlenbelastung deutlich reduziert** und eine **emissionsärmere Kommunikation** ermöglicht.
- Sie verbietet besonders **gefährliche Pestizide wie Glyphosat und Neonikotinoide** und verabschiedet einen längst überfälligen **nationalen Bienenaktionsplan**.

Im weiteren Verlauf der Legislaturperiode setzt sich die Bundesregierung u.a. dafür ein, dass das EU-Zulassungsverfahren für Pestizide grundlegend reformiert wird. Bislang sind es die Pestizidhersteller, die die Studien zu den Umwelt- und Gesundheitsauswirkungen ihrer Pestizide erstellen und geheim halten dürfen. Das muss sich ändern: Studien sind künftig **öffentlich zugänglich** und werden von **unabhängigen wissenschaftlichen Instituten** verfasst, finanziert durch einen industrieunabhängig verwalteten Fonds. Der Fonds wird aus Gebühren der antragstellenden Firmen gespeist.

Mehr Informationen:
www.bund.net/bundestagswahl